Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr 306 der Beilagen) betreffend ein Gesetz, mit dem das Salzburger Landes-Beamten-gesetz 1987 und das Landes-Vertragsbedienstetengesetz 2000 geändert werden

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 27. Februar 2008 in Anwesenheit von Experten geschäftsordnungsgemäß mit der zitierten Vorlage der Landesregierung befasst.

Auf der Expertenbank waren Hofrat Dr. Cecon (Abt.14), Dr. Grünbart (Abt. 8/01), Mag. Dr. Gollackner (PV FCG), Herr Treschnitzer (ZBR SALK), Herr Auer (GdG) und Frau Mag. Marx (WKS).

Zum Gesetzesvorhaben ist allgemein Folgendes auszuführen:

In der Regierungsvorlage zum 2. Landes-Pensionsreformgesetzes, LGBl Nr 95/2005, (Blg LT Nr 83 3. Sess 14. GP) finden sich folgende Aussagen zur beabsichtigten Einführung einer Betriebspension:

„Nicht in der Vorlage enthalten, aber bereits geplant ist die Einführung einer Pensionskasse für Landesbedienstete, die von der Pensionsreform (auch im ASVG) besonders betroffen sind (Beamtinnen und Beamte mit einem Pragmatisierungszeitpunkt ab dem 2. Jänner.2008 und Vertragsbedienstete ab etwa dem Geburtsjahrgang 1963). Die darüber bereits zwischen Dienstgeber- und Dienstnehmervertreterinnen und -vertretern geführten Gespräche haben zum Ergebnis geführt, dass der Dienstgeberbeitrag mindestens 0,75 % der Bezüge betragen soll.“ Die vorgeschlagenen Bestimmungen enthalten die Umsetzung dieser Absichtserklärung. Der Personenkreis, der von den neu vorgesehenen Betriebspensionen profitieren soll, umfasst jene Bedienstete, die im besonderen Ausmaß von den Änderungen im Pensionsrecht betroffen sind. Die Dienstgeberbeiträge (und allfällige Dienstnehmerbeiträge) sind einer überbetrieblichen Pensionskasse zu überweisen. Nähere Details sind Vereinbarungen zwischen dem Land und den Organen der Dienstnehmerinnen- und Dienstnehmervertretung vorbehalten.

Das Gesetz soll rückwirkend zum 1. Jänner 2008 in Kraft treten (zur verfassungsrechtlichen Unbedenklichkeit vgl Pkt 2 der Erläuterungen). Vertragsbedienstete, die vor dem tatsächlichen Abschluss des Pensionskassenvertrages aus dem Landesdienst ausscheiden, sollen aus dem Kreis der Berechtigten ausgenommen werden, da Zahlungen über einen sehr kurzen Zeitraum

(mehrere Monate) nicht sinnvoll sind. Als Ersatz erhalten diese Personen einen Geldbetrag in der Höhe der fiktiven Dienstgeberbeiträge (vgl Art II Z 4).

Nach Aufruf des Verhandlungsgegenstandes durch Abg. Ing. Mag. Meisl (SPÖ) bedauert Abg. Essl (FPÖ), dass Frau Landesrätin Scharer, die für dieses Gesetzesvorhaben ressortzuständig sei, nicht anwesend sei. Die FPÖ nehme allerdings zur Kenntnis, dass sich die Genannte entschuldigt habe.

Abg. Essl (FPÖ) führt weiters aus, dass diese Regierungsvorlage eine Fortsetzung des Landespensions-Reformgesetzes sei. Es werden folgende Fragen gestellt:

- Wie viele Personen sind von dieser Regelung betroffen?
- Was würde eine Anhebung des Dienstgeberbeitrages auf 1 % kosten?
- In welchem Ausmaß werden die Pensionsverluste durch die Pensionskassenleistungen kompensiert?
- Wie hoch wird die Zusatzpension in etwa sein (durchschnittliche Zahlen)?
- Was geschieht mit den Pensionsbeiträgen, wenn ein Vertragsbediensteter aus dem Landesdienst ausscheidet?

Abg. W. Ebner (ÖVP) erkundigt sich, bis wann die Pensionskasse eingeführt sein werde, wie der Dienstgeberbeitrag in anderen Bundesländern aussehe und ob es betreffend der 60/40 Regelung weitere Verhandlungen gebe?

Dr. Grünbart berichtet, dass die Anhebung des Dienstgeberbeitrages auf 1 % im Jahr 2008 etwa € 1,2 Mio kosten würde. 4.000 Bedienstete seien betroffen. Es sei geplant, den Zeitplan für die Umsetzung so zügig wie möglich zu erfüllen.

Mag. Oberascher (PV FSG) berichtet, dass andere Bundesländer andere Regelungen über Betriebspensionen aber auch andere Pensionsregelungen hätten. Diese Pensionskassenregelung bzw Betriebspension sei im Zuge der Verhandlung zur Landesbeamten-Pensionsreform im Jahr 2005 vom Dienstgeber eingefordert und vereinbart worden. Betreffend die derzeit laufenden Verhandlungen über das Forderungspaket der Personalvertretung konnten Teilerfolge erzielt werden. In den Verhandlungen zur 60/40 Regelung seien noch keine Ergebnisse erzielt worden, weitere Gespräche seien demnächst geplant. Die Berechnungen auf Bundesebene zeigen, dass die Pensionskürzungen, die in den Jahren 2000 bis 2005 beschlossen worden seien, die Pensionen von Bundesbeamten zB um über 50 % kürzen. Um eine 50 %ige Pensionskürzung durch eine Betriebspension auszugleichen, sei ein zweistelliger Dienstgeberbeitrag erforderlich. Für Vertragsbedienstete gelte das Bundesrecht - auch hier seien Eingriffe für jüngere Bedienstete in der Höhe von 25 % bis über 30 % vorgenommen worden.

Frau Abg. Dr. Reiter (Grüne) kritisiert, dass durch diese Reform abermals verschiedenste Klassen von Bediensteten entstehen würden. Damit würde die Voraussage einer Pension sowie auch die Administration erschwert werden.

Zur Frage, ob die Beiträge von Vertragsbediensteten beim Ausscheiden aus dem Landesdienst verfielen, führt Hofrat Dr. Cecon (Abt. 14) aus, dass diese in der Mitarbeitervorsorgekasse mitgenommen werden und nicht verloren gehen.

Abg. Essl (FPÖ) führt aus, dass die FPÖ-Fraktion der Regierungsvorlage vorbehaltlich zustimme. An Frau Landesrätin Scharer werden die für die FPÖ offenen Fragen durch die Landtagskanzlei schriftlich weitergeleitet, um noch vor der Haussitzung eine Beantwortung zu erhalten.

Nach Austausch der Argumente kommen die Ausschussmitglieder von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – übereinstimmend zur Auffassung, dem Landtag die Beschlussfassung des in der zitierten Beilage enthaltenen Gesetzesvorhabens zu empfehlen.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen – sohin einstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Das in der Vorlage der Landesregierung Nr 306 enthaltene Gesetz wird zum Beschluss erhoben.

Salzburg, am 27. Februar 2008

Der Vorsitzende:
Kosmata eh

Der Berichterstatter:
Ing. Mag. Meisl eh

Beschluss des Salzburger Landtages vom 12. März 2008:

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.